

Anlage 3

Aussagen der sondierenden Parteien zum Thema Menschenrechte und Familie

CDU

Die CDU schreibt sich nicht nur in ihre [Grundsätze](#), dass »Familie und Ehe die Grundpfeiler unserer freien und solidarischen Gesellschaft bilden« sollten, auf ihrem Bundesparteitag im Dezember [stellt sie auch fest](#): »Die CDU ist und bleibt die Familienpartei«.

CSU

Die Schwesterpartei CSU [formuliert](#) es ähnlich: »Familien sind der kostbarste Schatz unserer Gesellschaft. Sie verdienen unsere ganze Anerkennung und Unterstützung«, heißt es dort. Und: »Der Staat sollte Familien mit Zutrauen begegnen und nicht mit Misstrauen«.

FDP

[In seinem Eckpunktepapier zu Asyl und Migration fordert die FDP Folgendes](#): »Bis zur Neuordnung des Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungssystems kann der Familiennachzug bei denjenigen, die derzeit subsidiären Schutz erhalten, nur in dem Umfang ermöglicht werden, wie Kapazitäten durch verbessertes Rückkehrmanagement entstehen. Dabei sollen **individuelle Härtefälle** bevorzugt behandelt werden.«

[Wolfgang Kubicki \(FDP\) am 11. September in der WELT](#): »Die Union sollte aufhören, am Völkerrecht, unseren humanitären und rechtlichen Verpflichtungen aus unserer Verfassung und der Garantie der Menschenrechte herumzufummeln.«

[Marie-Agnes Strack-Zimmermann \(FDP\) gegenüber ZDF am 9. Oktober](#): »Entscheidend ist, dass die Menschen, die einen Status haben und hier bleiben dürfen, dass dort die Familie auch nachkommt. ... Wir haben eine Menge junger Menschen in Deutschland, die die Möglichkeit haben, hier zu bleiben und ... es ist auch im Interesse unserer Gesellschaft, dass deren Familien auch hier leben. Denn, wenn sie in einer Familie leben, in einem geordneten Umfeld, dann ist Integration natürlich viel viel einfacher.«

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen setzen sich für das uneingeschränkte Recht auf Familiennachzug ein. [In ihrem Wahlprogramm heißt es auf S.107](#): »Eine wichtige Bedingung für gelingende Integration ist zudem, anerkannten Flüchtlingen wie auch subsidiär Schutzberechtigten unbürokratisch den Familiennachzug zu ermöglichen. Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss sofort wieder ermöglicht werden, die Visumsverfahren müssen beschleunigt und entbürokratisiert werden. Denn nur wer seine Familie in Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen. Wir setzen uns für eine Erleichterung des Nachzugs minderjähriger Geschwister von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein, da diese ebenfalls zur Kernfamilie gehören. Der grundgesetzlich garantierte, besondere Schutz gilt nicht nur für deutsche Familien.«

[Katrin Göring-Eckardt in der WELT am 11. September](#): »Wer den Familiennachzug einschränken will, muss wissen, Integration gelingt in der Familie mit Mutter, Vater und Kind besser, als wenn man Frau und Kinder in Syrien in Lebensgefahr weiß.« Abstriche beim Familiennachzug wertete sie als Abstriche bei der Integration.

Robert Habeck, Umweltminister Schleswig-Holstein und Teil des Sondierungsteams zum befristeten Schutz von subsidiär Geschützten: »Der Schutz gilt zwar befristet. Aber die Befristung wird ja in der abstrakten Annahme getroffen, dass irgendwann wieder Frieden herrscht. Es gibt keine Klarheit, wann dies passiert, und jede Erfahrung zeigt, dass es meist länger dauert als angenommen. Stichwort Afghanistan. Es wäre fahrlässig und realitätsblind, über kommenden Frieden zu spekulieren und das Naheliegende nicht zu tun. Stellen Sie sich vor, dass wir subsidiären Schutz immer wieder verlängern, die Menschen irgendwann zehn Jahre hier leben, ihre Familien aber immer noch nicht nachkommen dürfen, weil die Verlängerung immer nur befristet war.« ([Interview in der Rheinischen Post am 18. Oktober](#))

PRO ASYL steht Ihnen für Rückfragen und weitere Informationen gerne zur Verfügung:

069 / 24 23 14 30 | presse@proasyl.de | Postfach 160624 | 60069 Frankfurt a.M. | www.proasyl.de